



Auf dem gesegneten Berg

Diese muslimischen Pilger haben vor Beginn der großen Wallfahrt Hadsch den Berg ʿal-Nur bei Mekka bestiegen. Dort soll der Prophet Mohammed laut islamischer Überlieferung die ersten Verse des Koran vom Erzengel Gabriel erfahren haben. Rund zwei Millionen Muslime aus aller Welt sind diese Woche für die Pilgerfahrt nach Saudi-Arabien gereist.

Analyse

Chaotischer Oktober

Die Passivität der Madrider Regierung hilft den katalanischen Separatisten.

Der EU droht eine neue Krise in einem Mitgliedsland: Die spanische Region Katalonien will am 1. Oktober ein illegales Unabhängigkeitsreferendum abhalten – und Premier Mariano Rajoy wirkt hilflos. Die Regionalregierung in Barcelona hat bereits ein Gesetz „für den Übergang und die Gründung der katalanischen Republik“ vorgelegt. Das Regionalparlament hat darüber bisher zwar weder debattiert noch es verabschiedet – könnte es aber jederzeit tun. Die Verzögerungstaktik der Separatisten zielt darauf ab, die Regierung in Madrid auszutricksen. Da die Abstimmung gegen die spanische Verfassung verstößt, hat Rajoy versprochen, sie zu verhindern, und ruft deshalb gegen jeden vollzogenen Rechtsbruch das Verfassungsgericht an. Doch die Regierung in Barcelona will die Anordnungen des Madrider Gerichts nicht befolgen. Sie hat sich angeblich bereits 6000 Wahlurnen besorgt und angekündigt,

innerhalb von 48 Stunden die Unabhängigkeit zu erklären, falls die Jastimmen überwiegen – egal welche Beteiligung.

Die Gegner der Abspaltung sind zunehmend verunsichert. Zwar bilden sie nach jüngsten Umfragen die Mehrheit, doch wollen sich viele nicht an einem illegalen Referendum beteiligen. Rajoy, der seit seinem Amtsantritt 2011 nichts unternommen hat, um den Konflikt im Dialog zu lösen, will nicht mit Zwangsmaßnahmen provozieren – obwohl die Verfassung der Regierung das Recht gibt, die Autonomie einer Region zu suspendieren. Rajoy setzt allein auf die Justiz. Wenn er nichts unternimmt, könnte nach einer Art Abstimmung ohne demokratische Garantien Chaos ausbrechen. Ein unabhängiges, aber international nicht anerkanntes Katalonien würde die wirtschaftliche Erholung und das Wohl Europas mindestens ebenso gefährden wie der Brexit.

Helene Zuber



Trumps Woche

Der Präsident wirkte wie besessen von Hurrikan „Harvey“, der weite Teile von Texas verwüstete. Ihn bewegten weniger die Opfer, die er weder erwähnte noch traf, sondern vor allem die Rekordausmaße des Sturms. „Windgeschwindigkeit 125 Meilen pro Stunde!“, twitterte er zum Wochenende. „Rekordregenfälle.“ Und: „Wow – Experten nennen #Harvey nun eine Flut, wie es sie nur einmal in 500 Jahren gibt!“ Schließlich: „Sogar Experten haben gesagt, sie hätten so etwas noch nie gesehen!“ Als er selbst nach Texas reiste, freute er sich vor allem über die Fans, die ihn dort begrüßten, und behauptete, er habe „den Horror hautnah erlebt“ – was nicht stimmte.

Während die Nation bestürzt auf die Katastrophe blickte, gewährte Trump einem verurteilten Rassisten eine präsidiale Begnadigung: Joe Arpaio, der frühere Sheriff des Großraums Phoenix, der einst dadurch berühmt wurde, dass er Gefangene in rosa Unterwäsche stecken ließ. Arpaio ließ seine Beamten auch gezielt Menschen mit dunkler Hautfarbe auf der Straße kontrollieren – das verbot ihm ein Gericht. Er ignorierte das Urteil, wurde verurteilt, und Trump erließ ihm nun die Strafe. Das gab es noch nie. Präsidenten dürfen zwar Begnadigungen aussprechen – aber keiner hat sie auf diese Weise als politische Waffe eingesetzt. Das wirft die Frage auf, ob der Präsident auch all jene Mitarbeiter zu begnadigen gedenkt, gegen die in der Russlandaffäre ermittelt wird. Vor allem aber belegt die umstrittene Entscheidung einmal mehr: Dieser Präsident ist ein Spalter.

Jemen „Wir brauchen 50 Tonnen Medizin“

Der Gesundheitsbeamte **Khaled Abdul Karim al-Madani**, 35, von der mit Saudi-Arabien verfeindeten, selbst ernannten Huthi-Regierung über die Cholera-epidemie im isolierten Bürgerkriegsland

SPIEGEL: Wie viele Menschen sind an Cholera erkrankt?

Madani: 500 000 Jemeniten sind inzwischen infiziert, täglich sterben 100 Menschen, 5000 weitere stecken sich neu an. Davon können wir nur einen Bruchteil behandeln.

SPIEGEL: Warum gibt es so extrem viele Neuinfektionen?

Madani: Das Cholera Bakterium wird über kontaminiertes Trinkwasser übertragen. Die 20 Trinkwasserbrunnen von Sanaa zum Beispiel wurden von der saudi-arabisch

geführten Koalition zerbombt. Die Menschen sind jetzt gezwungen, ihr Wasser aus unterschiedlichsten Quellen zu holen. Davon sind viele verseucht.

SPIEGEL: Wie ließe sich die Ausbreitung der Seuche stoppen?

Madani: Eigentlich wäre die Heilung kein Problem, die Behandlung kostet nur 35 Cent pro Patient. Die See- und Luftblockade macht es bisher kaum möglich, Medikamente ins Land zu bringen. Wir benötigten 50 Tonnen Medizin, etwa Ciprofloxacin, außerdem Hilfsteams, die saubere Wasserquellen identifizieren.

SPIEGEL: Warum gelangen so wenige Hilfsgüter nach Sanaa?

Madani: Die Saudi-Araber konnten mit ihren Bomben nicht den erhofften Sieg erreichen. Nun wollen sie uns von innen heraus zerstören. suk



Cholera-krankes Kind im Jemen

Nordkoreakrise Zweifel an Amerika

Die US-Verbündeten Japan und Südkorea fragen sich angesichts der „America first“-Politik von Präsident Donald Trump, ob sie der Schutzmacht noch vertrauen können. Experten halten den Rückzug der USA aus dem Pazifik für eine Frage der Zeit und eine Annäherung an China für unausweichlich. Insbesondere in Japan nehmen die Zweifel zu: Pikiert vermeldeten Medien, dass das US-Militär nach dem jüngsten nordkoreanischen Raketen-test betone, die USA selbst seien nicht bedroht gewesen.

Premier Shinzo Abe, 62, der nach wie vor treu zu den USA steht, wird nach jedem weiteren nordkoreanischen Raketen-test stärker kritisiert. Etwa von Ex-Premier Yukio Hatoyama, 70. Das frühere Idol der oppositionellen Demokraten sagte dem SPIEGEL, er sehe nur einen Ausweg, um einen unkalkulierbaren Krieg abzuwenden: Die USA müssten Nordkorea de facto als Nuklearmacht akzeptieren. Auf dieser Basis müssten sie mit Diktator Kim Jong Un verhandeln.

Wenn Abe verhindern wolle, dass die USA eine Korea-lösung „über Japan hinweg“ aushandelten, so Hatoyama,

müsse der Premier eine aktive Vermittlerrolle in der Region anstreben: „Es reicht nicht, wenn Japan unter dem Schutz von Trump nur nach Sanktionen gegen Nordkorea ruft“, sagt Hatoyama.

Die Japaner, sagt er, sollten sich von der Illusion befreien, mithilfe der USA wieder zu Asiens Nummer eins aufsteigen zu können. Auch wirtschaftlich könne Japan auf Dauer nur prosperieren, wenn es sich enger an China anlehne. Hatoyama plädiert für die Gründung einer ostasiatischen Gemeinschaft nach Vorbild der EU, in der beide Länder friedlich koexistieren könnten. ww